ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in:* *david baltzer*

Tagesordnungspunkt: *TOP 2 Antragsberatungen*

Status: *Zurückgezogen*

A11: Für eine besonnene Rüstungspolitik in Deutschland, der Nato und der EU und eine Friedensfähige Gesellschaft

Antragstext

Wir sehen mit Sorge dass es durch den Überfall von Russland auf die Ukraine zu einer Militarisierung der westlichen Gesellschaften kommt sowie zu Überrüstung des westlichen Bündnisses. Die Nato ist Russland militärisch überlegen, nicht jede Fähigkeitslücke auf unserer Seite muss geschlossen werden um die Abschreckung aufrecht zu halten. Die kommenden Jahrzehnte stellen die gesamte Weltgemeinschaft vor enorme Anstrengungen damit die Weltgemeinschaft die Folgen des Klimawandels eindämmen und seine Ursachen zu mindern kann. Wir können uns deshalb einen zweiten kalten Krieg mit Russland nicht leisten. Das heisst in Bezug auf die Fähigkeiten der Bundeswehr, der Nato und der EU, dass mit Augenmass und Besonnenheit zu handeln ist. Maxime allen unseres Handelns ist, militärische Konfrontationen zu vermeiden, ihre Entstehen zu erkennen und dauerhaft auf nicht militärischen Konfliktlösungen zu bauen. Ziel ist es am Übergang von der Abschreckung hin zu einer Friedenslösung der EU mit Russland hin zu arbeiten:

- die Ausgaben für Armeen und Rüstung zu begrenzen, nationale doppelkapazitäten wirkungsvoll abbauen

- Fähigkeiten bündeln und ggf in der EU zusammenziehen, Rückbau der nationalen Armeen

- militärische Kapzitäten an die UNO abgeben, die OSZE stärken

- Fähigkeiten von der BW auf den Katastrophenschutz übertragen

- aus der Position der Stärke heraus (die militärische Überlegenheit des

westlichen Bündnisses nutzen) Russland in einen Abrüstungswettlauf zu verwickeln

- zu prüfen, ob strategisch wichtige Rüstungsindustrie verstaatlicht werden kann (das würde die Anfälligkeit dieses Bereiches für Korruption, mangelnde Endverbrauchskontrolle, den Abbau von Übergewinnen ermöglichen, bzw vereinfachen. Die Kontrolle über strategisch wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten blieben in Staateshand)

- die Resillienz der Gesellschaft und der Infrastruktur innerhalb von Deutschland stärken wie auch die Abhängigkeit von den USA vermindern

- keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Langfristig ist auf eine resilliente Gesellschaft hinzuarbeiten im Geiste von 'sozialer Verteidigung'. Diese würde uns nicht nur nichtmilitärische Wehrhaftigkeit ermöglichen sondern gleichzeitig, weil das die Bedingung dieser sozialen Infrastruktur ist, befähigen die Interessengegensätze in unserer Gesellschaft konstruktiv zu bewältigen, demokratiefähig zu bleiben und die anwachsende Autoritätssehnsucht grösserer Bevölkerungsgruppen eindämmen

Wir glauben, dass entfesselte Rüstung, Militarisierung, die 'Kriegstauglichkeit' autoritären Strukturen festigen und ermöglichen. Dauerhafter innergesellschaftlicher Frieden braucht Konfliktfähigkeit nach innen und aussen, Teilhabe aller an den materiellen wie ideellen Ressourcen sowie den Ausgleich mit den Gesellschaften des globalen Südens. Rüstung, zumal wenn wir bereits überrüstet sind, macht die Welt ärmer und stärkt die destruktiven Kräfte.

Begründung

Begründung folgt.